

Presseverlautbarung

Indische Behörden verbieten Hizb-ut-Tahrir auf Grundlage falscher Behauptungen

(Übersetzt)

Am 10. Oktober 2024 hat das indische Innenministerium Hizb-ut-Tahrir verboten und erklärt: „Hizb-ut-Tahrir (HuT) ist eine Organisation, die darauf abzielt, weltweit und auch in Indien einen islamischen Staat und ein Kalifat zu errichten, indem sie demokratisch gewählte Regierungen durch Dschihad und terroristische Aktivitäten stürzt, unter Einbeziehung der Bürger des jeweiligen Landes.“

Die Behauptung, dass Hizb-ut-Tahrir Waffen führe, ist eine falsche Behauptung. Hizb-ut-Tahrir führt keine Waffen, da dies der Methodik des Propheten (s) bei der Errichtung des Islamischen Staates diametral entgegensteht. Er (s) implementierte den Islamischen Staat durch politische Arbeit, nicht etwa durch den materiellen Kampf. Als diejenigen, die ihm die zweite *bai'a* von al-ʿAqaba leisteten, ihn um Erlaubnis baten, die Leute in Mina anzugreifen, sagte er – Friede und Segen auf ihm:

«لم نؤمر بذلك»

„Uns wurde dies nicht anbefohlen.“

Die Behauptung, dass Hizb-ut-Tahrir die Errichtung des Kalifats in Indien anstrebt, ist ebenfalls falsch. Die Partei betrachtet Indien nicht als Aktionsgebiet (*mağāl al-ʿamal*), ebenso wie sie Europa, die Vereinigten Staaten und Australien nicht als Aktionsgebiet betrachtet. Hizb-ut-Tahrir beschränkt die Tätigkeit der Errichtung des Kalifats auf die von ihr als Aktionsgebiete definierten Länder.

Die indischen Behörden schüren grundlos Ängste. Ihre Haltung steht im Einklang mit den verzerrten Darstellungen der Rechten, die behaupten, Hindus seien durch die bloße Existenz von Muslimen und des Islam gefährdet. Wie kann die Ansicht eines Einzelnen, die er auf seiner Seite in den sozialen Medien kundtat, als „Antiwahlkampagne“ umgemünzt werden, die das Wahlrecht von einer Milliarde Wählern aufwiegt und eine Gefahr für die Stabilität der gewählten Region einer ganzen Nation darstellt!? Wie kann Indien sich stolz als „größte Demokratie der Welt“ inszenieren, dann aber Muslime brutal verfolgen, weil sie ihre Religion ausleben? Ist den indischen Behörden etwa nicht bewusst, dass der Islam jahrhundertlang den größten Teil des indischen Subkontinents beherrschte und den dort lebenden Hindus ein fürsorglicher Beschützer war? Wohlbemerkt, während die Bevölkerung stets mehrheitlich hinduistisch blieb. Wie also können die in Indien lebenden Muslime, die ja nicht einmal die Autorität besitzen, eine existenzielle Bedrohung für die Hindus darstellen!?

Was die Demokratie anlangt, so hat der Islam den Muslimen verboten, an gesetzgeberischen Verfahren zu partizipieren, die nicht auf dem edlen Koran und der prophetischen Sunna beruhen. Muslime sind davon überzeugt, dass niemand anderes außer Allah (t) das Recht hat, Gesetze zu erlassen. Der edle Koran verbietet es, sich in Fragen der Gesetzgebung auf jemanden neben oder anstelle Allahs (t) zu berufen, eindeutig:

﴿يُرِيدُونَ أَنْ يُتَحَاكَمُوا إِلَى الطَّاغُوتِ وَقَدْ أُمِرُوا أَنْ يَكْفُرُوا بِهِ وَيُرِيدُ الشَّيْطَانُ أَنْ يُضِلَّهُمْ ضَلَالًا بَعِيدًا﴾

Sie wollen sich in Entscheidungsfragen an falsche Götter wenden, wo ihnen doch befohlen worden ist, es zu verleugnen. (4:60)

Der Gesandte Allahs (s) sagte ferner:

«كُلَّ عَمَلٍ لَيْسَ عَلَيْهِ أَمْرُنَا فَهُوَ رَدٌّ»

„Jede Handlung, die nicht auf unserer Anordnung basiert, ist zurückzuweisen.“

Wie hofft die indische Regierung, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur islamischen Welt aufrechtzuerhalten, wenn sie tief verwurzelte, islamische Ansichten kriminalisiert? Die Ansichten, die Hizb-ut-Tahrir vertritt, vertreten etwa zwei Milliarden Menschen auf der ganzen Welt. Die islamische Umma sehnt sich nach einer islamischen Herrschaft und der Einheit der Muslime. Was die Partei selbst betrifft, so stellt sie die Speerspitze der Forderung nach einem Kalifat in der islamischen Welt dar und versucht seit mehr als siebenzig Jahren, dieses in Dutzenden von islamischen Ländern wiederzuerrichten.

Die indischen Behörden sollten zur Vernunft kommen. Falsche Anschuldigungen und Panikmache sind aufzugeben. Sie sollten auch die gezielte Verfolgung von Muslimen unterlassen, die lediglich den Islam praktizieren. Und wer immer einen Sinn für Gerechtigkeit hat, ob von den sogenannten Menschenrechtsorganisationen, den Medien oder auch Einzelpersonen wie etwa Juristen, der sollte sich ebenfalls für ein Ende der Verfolgung von Muslimen nur ihres Glaubens wegen einsetzen!

﴿وَمَا نَقَمُوا مِنْهُمْ إِلَّا أَنْ يُؤْمِنُوا بِاللَّهِ الْعَزِيزِ الْحَمِيدِ﴾

Und sie grollten ihnen nur, dass sie an Allah glaubten, den Allmächtigen und Lobenswürdigen. (85:8)

Zentrales Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir

